

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 19. Jänner 1987

Blatt 90

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Autofahrer: Bitte nehmt Rücksicht auf Bus und Tram (91/FS: 16.1.)
- Schilanglauf in Wien (92/FS: 16.1.)
- Eislaufen auf der Neuen Donau (92/FS: 16.1.)
- Unterstützung für Behindertenvereine (93/FS: 17.1.)
- Zusätzliche Sofortmaßnahmen zur Schneeräumung (94/FS: 17.1.)
- Vier Millionen für Kindertagesheime (95/FS: 18.1.)
- Flächendeckende Schneeräumung geht weiter (96/FS: 18.1.)
- Mehr als 600.000 Kraftfahrzeuge in Wien (97/98)
- Auch 1987 Aktion „Einkauf in Wien“ (99)
- Schulärztlicher Dienst besteht seit 65 Jahren (100)
- Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte (101)
- ÖVP-Forderung: „Realistische Strompreise“ in Wien (104)
- Kind geriet unter Schneefräse (nur FS/17.1.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 1,85 Millionen für Bezirksmuseen (102)

Wirtschaft:

- Guter Dezember im Wiener Fremdenverkehr (103)

Autofahrer: Bitte nehmt Rücksicht auf Bus und Tram

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Die von den Wiener Verkehrsbetrieben für ihre Bus- und Straßenbahnlinien vom Schnee geräumten Flächen werden immer öfter von Lieferfahrzeugen und Privat-PKW zum Halten verwendet. Dadurch kommt es besonders seit heute, Freitag, häufig zu Behinderungen des öffentlichen Verkehrs. Verkehrsstadtrat Johann HAZTL fordert deshalb die Autofahrer auf, Rücksicht auf die großen Mehrheit der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel zu nehmen und auch kurze Stops wie zum Be- oder Entladen nicht in solchen Bereichen vorzunehmen. Wenn diese Behinderungen auch am kommenden Montag anhalten, müssen die Verkehrsbetriebe Anzeige erstatten oder gegebenenfalls über Funk die Polizei verständigen. Stadtrat Hatzl kündigte an, er werde die Exekutive um verstärkte Zusammenarbeit und Unterstützung der Wiener Verkehrsbetriebe im Interesse aller Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel, ersuchen. (Schluß) roh/gg

Bereits am 16. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Schlanglauf In Wien

Wien, 16.1. (RK-LOKAL) Für Freunde des Schlanglaufes gibt es eine erfreuliche Nachricht: auf der Donauinsel sind derzeit zwei Langlaufloipen gespurt. Eine führt von der Reichsbrücke zur Jedleseer-Brücke und zurück (Länge 15 km), die zweite beginnt bei der Steinspornbrücke und führt flußabwärts bis zur Hochspannungsleitung und wieder zurück (14 km).

Verleih von Langlaufskiern, Stöcken und Schuhen: für die Loipe Reichsbrücke beim Stützpunkt Schuh-Schi. Für die Loipe Steinspornbrücke beim Freizeitzentrum Safari-Lodge. (Schluß) red/gg

Eislaufen auf der Neuen Donau

Wien, 16.1. (RK-LOKAL) Eine erfreuliche Nachricht für Eislauffans! Am linken Ufer der Neuen Donau in der Badebucht flußabwärts der Brigittenauer Brücke kann man eislaufen. Die benützbare Fläche ist mit Fichtenzweigen gekennzeichnet. (Schluß) red/gg

Bereits am 16. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Unterstützung für Behindertenvereine

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Rund 2,3 Millionen Schilling an Unterstützungsbeiträgen für sechs im Bereich der Behindertenarbeit tätige Vereine und Institutionen genehmigte der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales für das Jahr 1987.

Verwendet werden diese Unterstützungsbeiträge vor allem für Beratung und Betreuung Behinderter, aber auch für die Förderung geselliger Kontakte. (Schluß) jel/bs

Bereits am 17. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Zusätzliche Sofortmaßnahmen zur Schneeräumung

Lohn für Schneearbeiter erhöht – Appell an Baufirmen

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Auf Anordnung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird ab sofort der Stundenlohn für die Schneearbeiter auf 40 Schilling pro Stunde bei Tag (6-15 Uhr) und 46 bei Nacht hinaufgesetzt (bisheriger Tarif 33 Schilling bzw. 39 Schilling). Dies gab heute, Samstag, Umweltstadtrat Helmut BRAUN bekannt. Braun appellierte gleichzeitig an die Baufirmen, zusätzliche geeignete Maschinen — wie zum Beispiel Radlader, Gräder, Caterpillar sowie Lastwagen mit Ladekran — zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Braun berichtete, daß in der vergangenen Nacht neben sämtlichen verfügbaren Kräften der Stadt Wien auch 500 Soldaten des Bundesheeres bei der Schneeräumung der Bundeshauptstadt im Einsatz waren. „Leider sind nur 316 Freiwillige zur Verfügung gestanden, die sich bei uns gemeldet haben. Ich rufe daher die Bevölkerung auf, sich intensiver an der Schneeräumung zu beteiligen“, sagte Braun. Das Bundesheer wird auch weiterhin zur Verfügung stehen, ebenso die Bediensteten der Magistratsabteilungen 30, 31 und 48, die an Wochenenden eingesetzt sind.

Über das Wochenende wird die flächendeckende Schneeräumung intensiviert fortgesetzt. Stadtrat Braun ersucht in diesem Zusammenhang die Autofahrer, folgende Straßenzüge nicht zu verparken, um den Abtransport des Schnees nicht zu behindern:

- Landstraßer Hauptstraße zwischen Baumgasse und Rochusgasse
- Gumpendorfer Straße zwischen Köstlergasse und Kaunitzgasse
- Sechshauserstraße bis zur Jheringgasse
- Dr.-Hanswenzel-Gasse zwischen Ketzergasse und Baslergasse
- Arbeitergasse zwischen Gürtel und Bacherplatz
- Burggasse und Neustiftgasse jeweils rechte Straßenseite in der Fahrtrichtung
- Thaliastraße zwischen Gürtel und Schuhmeierplatz
- Taborstraße zwischen Obere Donaustraße und Untere Donaustraße
- Liechtensteinstraße
- Favoritenstraße im 4. Bezirk
- Operngasse bis zur Margaretenstraße

Fuhrwerksunternehmen, Baufirmen und Bundesheer helfen aus

Neuerlich 320 Mann des Bundesheeres stehen heute, Samstag, seit 16 Uhr im Einsatz, um bei der Schneeräumung auf den Straßen Wiens zu helfen. Sie unterstützen die Räumtrupps der Stadtverwaltung, die schon seit 6 Uhr früh mit mehr als 2000 Menschen den Schneemassen zu Leibe rücken.

Auf den Appell von Umweltstadtrat Helmut Braun hin, stellten private Baufirmen bis Samstag abend rund 20 Fahrzeuge und Maschinen zur Verfügung, für die teilweise erst die Lenker aus dem Urlaub geholt werden mußten. Schon die ganze Woche über sind außerdem fast alle Lastwagen des Wiener Transportgewerbes mit dem Wegführen von Schnee beschäftigt. (Schluß) red/gg

Bereits am 17. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Vier Millionen für Kindertagesheime

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Vier Millionen Schilling werden für Betriebsausstattung und Einrichtung von neu in Betrieb gehenden Kindertagesheimen der Stadt Wien im Jahr 1987 zur Verfügung stehen. Dies beschloß der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales.

Mit diesem Betrag können sechs Kindertagesheime im 10., 14., 19., 20 und 23. Bezirk eingerichtet werden, die ihren Betrieb in diesem Jahr aufnehmen werden. (Schluß) jel/bs

Bereits am 18. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Flächendeckende Schneeräumung geht weiter

Wien, 18.1. (RK-LOKAL) Trotz der neuerlichen Schneefälle (für die Nacht von Sonntag auf Montag hat die Hohe Warte nicht weniger als fünf Zentimeter Neuschnee vorhergesagt) wird die flächendeckende Schneeräumung planmäßig fortgesetzt. Morgen, Montag, ab 9 Uhr werden die Operngasse zwischen Ring und Margaretenstraße und die Favoritenstraße im 4. Bezirk geräumt. In der Liechtensteinstraße zwischen Ring und Alserbachstraße beginnen die Arbeiten Montag um 20 Uhr und werden die ganze Nacht dauern. Dazu wird auch der Autoverkehr in der Liechtensteinstraße umgeleitet, der Autobus 40 A verkehrt jedoch planmäßig.

Bürgermeister Helmut ZILK und Umweltstadtrat Helmut BRAUN appellieren in diesem Zusammenhang nochmals an alle Autofahrer, während dieser Zeit in den betroffenen Straßenzügen nicht zu parken. (Schluß)
red/gg

Bereits am 18. Jänner 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Mehr als 600.000 Kraftfahrzeuge in Wien

Hofmann: 1987 mehr Geld für dringende Straßenbauvorhaben

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Ende 1986 waren in Wien bereits mehr als 600.000 Kraftfahrzeuge, davon rund 500.000 Personenkraftwagen, zum Verkehr zugelassen. Die Motorisierung nimmt in der Bundeshauptstadt also immer noch zu. Das stellte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Montag vormittag beim diesjährigen Bauseminar der GESTRATA (Gesellschaft zur Pflege des Straßenbaues mit Teer und Asphalt) in der Kurhalle Wien-Oberlaa fest.

Wie der Planungsstadtrat ausführte, bevorzugt die vom Wiener Gemeinderat beschlossene Verkehrskonzeption eindeutig den öffentlichen Verkehr. Das dokumentiert sich im weiteren Ausbau des U-Bahn-Netzes, in der Erweiterung des Autobusnetzes und in der Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs. Daß diese Maßnahmen erfolgreich sind, beweisen die Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe: 1986 wurden fast 600 Millionen Personen befördert. Diese Leistung wurde zuletzt im Jahr 1949 überboten, als 625 Millionen Fahrgäste gezählt wurden. Damals gab es in Wien allerdings nur 16.000 Personenkraftwagen, heute sind es rund 500.000 — und das trotz abnehmender Einwohnerzahlen.

Umweltfreundlicher Straßenbau

Die Straßenplanung muß auf diese Entwicklung, die ja auch den wichtigen Wirtschaftsverkehr einschließt, natürlich Rücksicht nehmen. Hofmann erläuterte in diesem Zusammenhang beim GESTRATA-Seminar die „Straßenbauphilosophie“ der Stadt Wien: Der Hauptverkehr soll in gut ausgebauten und leistungsfähigen Straßenzügen gebündelt werden, um andererseits die Wohngebiete vom Durchzugsverkehr entlasten zu können. Die Hauptverkehrsstraßen müssen dabei so umweltfreundlich wie nur möglich ausgebaut werden. Als besonders gutes Beispiel für einen umweltfreundlichen Straßenbau nannte der Stadtrat die Gestaltung der Donauufer-Autobahn A 22 mit Grünbrücken, Lärmschutzwällen und Lärmschutzwänden. In Kaisermühlen wird im Zuge dieser Autobahn derzeit ein 1.000 Meter langer Lärmschutztunnel errichtet, der den Anrainern den bestmöglichen Schutz vor dem Verkehrslärm und vor den Motorabgasen garantiert.

Die Oberfläche des Tunnels und die seitlichen Aufschüttungen werden später mit rund 300 Bäumen und 20.000 Sträuchern bepflanzt werden und eine 50.000 Quadratmeter große Grünfläche bilden. Der Lärmschutztunnel dient also nicht nur als Verkehrsfläche, sondern zugleich als Naherholungsfläche.

Auch auf der Südost-Tangente A 23 werden die Umweltverhältnisse durch die Errichtung von Lärmschutzwänden ständig verbessert. Auf dieser wichtigen Nord-Süd-Verbindung wurden bereits mehr als 100.000 Kraftfahrzeuge an einem Tag registriert. Gäbe es die Südost-Tangente nicht, würden diese Fahrzeuge durch dichtbebautes Gebiet fahren — ein großer Teil davon so wie früher durch die Schlachthausgasse.

Weitere positive Beispiele des Straßenbaus in Wien sind die Entlastung

- der Simmeringer Hauptstraße durch die Flughafen-Autobahn,
- der Heiligenstädter Straße durch den Nordknoten,
- der Prager Straße durch die Donauufer-Autobahn.

Nach Fertigstellung der Donauufer-Autobahn bis zur Praterbrücke im Jahr 1989 wird es von der Altmannsdorfer Allee bis Langenzersdorf ein Autobahnufeisen um Wien geben, das noch mehr Verkehr aus den Wohngebieten abziehen wird. Auch die Fortsetzung der Tangente nach Nordosten wird Wohngebiete vom Durchzugsverkehr befreien.

Stadtrat Hofmann verwies auch auf die Arbeit der „Gürtelkommission“, die bis Ende des Jahres Vorschläge für eine umweltfreundliche Gestaltung der Wiener Südeinfahrt, der Westeinfahrt und des Verkehrs auf dem Gürtel vorlegen wird.

Verkehrsberuhigung: Fußgängerzonen und Wohnstraßen

Zugleich mit dem Ausbau des übergeordneten Straßennetzes, der nicht nur der Flüssigkeit des Verkehrs, sondern auch der Verkehrssicherheit dient, werden in Wien Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung gesetzt, also Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigte Zonen geschaffen. Seit der Einführung der Fußgängerzone Kärntner Straße vor 12 Jahren wurden bereits mehr als 500.000 Quadratmeter Straßenraum fußgängerfreundlich gestaltet. Damit waren rund 1.000 Baumpflanzungen verbunden.

1987 sollen um 90 Millionen Schilling 24 Projekte von Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen verwirklicht werden. Es werden 140.000 Quadratmeter Straßenraum wohnlicher gestaltet; 400 neue Bäume werden zusätzliches Grün in die Wohngebiete bringen.

Der Verkehrsberuhigung — und zugleich der Erhöhung der Verkehrssicherheit — dienen auch andere Maßnahmen im Straßenbau, die als Tempobremse wirken. Das sind zum Beispiel

- die Anlage von Verkehrsinseln und Grüninseln in der Fahrbahn,
- die Verbreiterung von Gehwegen,
- das Vorziehen von Gehsteigflächen in die Fahrbahn,
- der Einbau von kleineren Kreisverkehrsanlagen bei weitläufigen Kreuzungen oder
- die Änderung von Parkordnungen: abwechselnd Längs- und Schrägparken mit Verschwenkungen der Fahrbahn.

Solche Straßenumbauten werden in den nächsten Jahren in größerem Umfang erfolgen.

In vier Versuchsgebieten in Wien werden 1987 flächenhaft Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt werden, die ebenfalls eine Verkehrsberuhigung in reinen Wohngebieten bewirken sollen.

Ruhender Verkehr: Park and Ride, Sammelgaragen

Der Planungsstadtrat betonte, daß es notwendig ist, sich in Zukunft mehr und intensiver mit der Problematik des ruhenden Verkehrs zu beschäftigen. An Schnellbahn- und U-Bahn-Stationen müssen verstärkt Park and Ride-Möglichkeiten geschaffen werden, um den Zielverkehr in die dicht bebauten Stadtgebiete zu reduzieren. In einer in Jahrhunderten gewachsenen Stadtstruktur ist es ja nicht möglich, — und auch nicht wünschenswert —, dem Individualverkehr mehr Straßenraum zur Verfügung zu stellen.

In den dicht bebauten Bereichen der Stadt müssen Sammelgaragen für die Wohnbevölkerung errichtet werden, um die parkenden Autos von den Straßen wegzubringen. Dann kann in wichtigen Straßenzügen der Verkehr flüssiger abgewickelt werden, was auch die Umweltbelastung durch Verkehrslärm und Abgase verringert. Andererseits können Nebenstraßen in größerem Ausmaß zu Wohnstraßen umgebaut werden. Durch die Verkehrsberuhigung und durch Grünpflanzungen kann so die Wohnqualität wesentlich verbessert werden.

Mehr Geld für dringende Straßenbauvorhaben

Abschließend teilte Stadtrat Hofmann mit, daß das Straßenbaubudget der Stadt Wien 1987 mit 568 Millionen Schilling (davon ein großer Teil für Wohnstraßen) um rund 17 Prozent über den Ansätzen des Jahres 1986 liegt. Die Wiener Bundesstraßen AG beabsichtigt, 1987 rund 600 Millionen Schilling (1986 waren es rund 300 Millionen Schilling) vor allem für den Weiterbau der Donauufer-Autobahn und den Umbau der Triester Straße einzusetzen. Für den dringend notwendigen Ausbau und für die Erhaltung des Bundesstraßennetzes in Wien hat das Land Wien beim Bautenministerium für 1987 einen Bedarf von etwas mehr als 1 Milliarde Schilling angemeldet (1986 wurden 855 Millionen Schilling genehmigt und auch für die Verbesserung des Straßennetzes aufgewendet). (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 97

Auch 1987 Aktion „Einkauf in Wien“

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß, für die Aktion „Einkauf in Wien“ im Jahr 1987 einen Betrag von 11,4 Millionen zur Verfügung zu stellen. Da weitere 4,3 Millionen von der Wiener Handelskammer kommen, werden für diese Aktion im heurigen Jahr 16 Millionen Schilling ausgeschüttet.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds der „Einkauf in Wien“ betreut, wird mit Hörfunkspots, Plakat- und Verkehrsmittelwerbung für die Einkaufsmetropole Wien werben. Ein Teil der Gelder soll auch für die Organisation lokaler Veranstaltungen ausgegeben werden. (Schluß) sei/gg

Schulärztlicher Dienst besteht seit 65 Jahren

Stacher: Erbe Tandlers auch heute noch wichtig für die Gesundheitsvorsorge

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener schulärztliche Dienst feiert das Jubiläum seines 65jährigen Bestehens. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER erklärte dazu, der von Julius Tandler in dieser Form ab 1922 eingerichtete Dienst sei auch heute noch ein maßgebliches Glied in der Kette der Gesundheits-Vorsorgeleistungen, die von der Stadt Wien geboten werden. Die 71 Schulärzte an Volks-, Haupt- und Sonderschulen und ihre zehn Kollegen an Berufsschulen sorgen für die jährliche Untersuchung aller Schüler sowie die Zuweisung an Fachärzte, wenn Erkrankungen festgestellt werden. Sie haben die Aufgabe, für das Entstehen des Gesundheitsbewußtseins zu sorgen und überwachen die gesundheitliche Entwicklung der Schüler. Außerdem kümmern sie sich um die Durchführung von Polio-, TBC- (BCG), Diphtherie-, Tetanus- und Rötelnimpfung. Orthopäden, Schulzahnärzte und andere ergänzen das Untersuchungs- und Betreuungsprogramm.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 7. Dezember 1921 hatte Julius Tandler den schulärztlichen Dienst ins Leben gerufen. Vor allem Krankheiten des Gebisses und der Augen zeigten sich damals den Schulärzten bei der Überwachung des Gesundheitszustandes aller Schulkinder. Heute ist der Schulärztliche Dienst Bestandteil des Wiener Schulgesetzes, das vorschreibt, für jede Schule einen Schularzt zu bestellen. Er ist Mitarbeiter des Wiener Gesundheitsamtes. Für den Schulärztlichen Dienst beschäftigt das Gesundheitsamt darüberhinaus auch eine Reihe von Fachärzten. Die Lehrer werden von den Schulärzten bei der Aufgabe beraten, Aspekte der Gesundheitserziehung in den Unterricht einfließen zu lassen. Das beginnt bei der richtigen Zahngesundheitspflege, setzt sich fort bei Kleidung und Ernährung und schließt zum Beispiel die Sexualerziehung und die Behandlung von Fragen über Suchtgifte ein. (Schluß) and/rr

Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Für Schwerstbehinderte ist es oft schwierig und mit überdurchschnittlichen Kosten verbunden, eine geeignete Urlaubsmöglichkeit zu finden. Die Stadt Wien gewährt deshalb schwerstbehinderten Menschen Urlaubszuschüsse von je 1.000 Schilling. Dieser Zuschuß kann beim Sozialamt der Stadt Wien oder über Behindertenorganisationen beantragt werden.

Für diese seit 1975 laufende Aktion des Sozialamtes der Stadt Wien, die es zum Beispiel ermöglicht, eine für Rollstuhlfahrer geeignete Unterkunft in Anspruch zu nehmen, stehen für das Jahr 1987 rund 1,3 Millionen Schilling zur Verfügung. (Schluß) jel/gg

1,85 Millionen für Bezirksmuseen

Wien, 19.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß, die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen im Jahr 1987 mit 1,85 Millionen Schilling zu subventionieren.

Die Bezirksmuseen leisten wertvolle Arbeit im Sinne der Bezirkskultur. Neben der Präsentation der ständigen Schausammlungen werden laufend Wechsellausstellungen durchgeführt, die in den Museumsräumlichkeiten, aber auch an verschiedenen anderen Plätzen stattfinden, an denen die Möglichkeit besteht, ein breites Publikum anzusprechen. Darüber hinaus bringen die Bezirksmuseen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft auch laufend Publikationen heraus, die die Ausstellungstätigkeit dokumentieren und ergänzen. (Schluß) gab/gg

Guter Dezember Im Wiener Fremdenverkehr

Wien, 19.1. (RK-WIRTSCHAFT) Mit plus 14 Prozent und insgesamt über 300.000 Gästeübernachtungen erreichte der Wiener Fremdenverkehr im Dezember 1986 einen sehr erfreulichen Ausklang des zeitweise recht schwierigen Jahres. Ein in vielen Hotels ausgebuchter Silvester und zweistellige Steigerungsraten aus Deutschland, Italien, Österreich, der Schweiz, Japan und Spanien machten dieses gute Ergebnis möglich.

In der Jahresbilanz 1986 waren damit das erste und das vierte Quartal positiv, April bis September (vor allem Juni und Juli) negativ. Obwohl die Rückgänge die Hochsaison betrafen, belief sich das Minus gegenüber dem Rekordjahr 1985 bei 5,24 Millionen Übernachtungen letztlich auf „nur“ 5,4 Prozent. (Schluß) wfv/bs

ÖVP-Forderung: „Realistische Strompreise“ In Wien

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Die Forderung der ÖVP nach „realistischen Strompreisen“ in Wien wiederholte StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) Montag in einer Pressekonferenz. Hampel-Fuchs unterstrich die dringende Notwendigkeit einer Reform und Senkung der Stromtarife im Hinblick auf die unterschiedliche Konsumstruktur in den Wiener Haushalten. So stehe der Aufwand für Strom und Beheizung in einem „Beschäftigtenhaushalt“ an vierter Stelle, während er in einem Wiener Pensionistenhaushalt an zweiter Stelle des Haushaltsbudgets stehe.

Hampel-Fuchs kritisierte die restriktive Handhabung der Ermessensbestimmung im Wiener Sozialhilfegesetz. Während 1974 der Realaufwand pro Geldaushilfefall in Wien 1.328 Schilling betragen habe, seien dafür 1984 nur mehr 1.238 Schilling aufgewendet worden. Gleichzeitig sei eine Steigerung bei den Erstanträgen zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang forderte Hampel-Fuchs eine Heizbeihilfe auch für Ausgleichszulagenempfänger und jene Sozialhilfeempfänger, die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes über drei Monate oder mehr bekommen.

Ein zusätzliches Problem für die Wiener Sozialpolitik sei die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Wien. Hampel-Fuchs regte einen „Wiener Versuch“ des Berliner Modells an, bei dem Dauersozialhilfebezieher für gemeinnützige Arbeiten herangezogen werden können. (Schluß) jel/bs